

Antrag 36/I/2024

KDV Steglitz-Zehlendorf

Der Landesparteitag möge beschließen:

PPP und ÖÖP sind keine Wundermittel! Wir gestalten die Zukunft!

- 1 Antragssteller*in: KDV Steglitz-Zehlendorf
2
3 Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:
4 ¹
5 Nur wenn wir in Berlin in unsere Zukunft investieren, kön-
6 nen wir sie auch gestalten. Deshalb müssen mehr finanzi-
7 elle und personelle Ressourcen eingesetzt werden, um das
8 Land und die Bezirke zu modernisieren – z.B für Infrastruk-
9 tur, Bildung, Soziales, erneuerbare Energien und Dekarbo-
10 nisierung, Digitalisierung, bezahlbares Wohnen, nachhal-
11 tige Mobilität.
12 Nur mit mehr Investitionen in die Zukunft kann der Staat
13 Generationengerechtigkeit herstellen, dauerhaft mehr
14 Einnahmen erzielen und seinen Haushalt konsolidieren.
15 Eine Investitionsoffensive für das Land Berlin ist damit die
16 beste Strategie, um die Herausforderungen der Zukunft zu
17 bewältigen.
18 Ein solcher Politikansatz braucht andere Finanzierungsan-
19 sätze als PPP, die häufig mit der Privatisierung von Rendi-
20 ten bei gleichzeitiger Konzentration der Risiken bei der öf-
21 fentlichen Hand verbunden sind.
22 Die SPD-Mitglieder in Senat und Abgeordnetenhaus wer-
23 den daher aufgefordert, die Finanzierung öffentlicher In-
24 frastrukturprojekte (Neubau und Sanierung) durch Mo-
25 delle von Public-Private-Partnership (PPP) auszuschließen
26 und weitere öffentlich-öffentliche Partnerschaften (ÖÖP)
27 nur zuzulassen, wenn
- 28 • der Vertragspartner des Landes ebenfalls im Finanz-
29 kreislauf des Landes Berlin (Hauptverwaltung, Be-
30 zirke, öffentliche Anstalten und Körperschaften des
31 Landes oder privatrechtliche Unternehmensbeteili-
32 gungen mit Landesmehrheit) angesiedelt ist und
 - 33 • das gesamte vertragliche Konstrukt aus Bauvorha-
34 ben, Bewirtschaftung und
 - 35 • Finanzierungsvorgang insgesamt nachweislich
36 wirtschaftlicher ist und der Vertrag keine Rege-
37 lungen enthält, nach denen das Land Berlin dem
38 privatrechtlichen Vertragspartner Mindestein-
39 nahmen oder die Übernahme von Mehrausgaben
40 gewährleistet, die nicht vertraglich vorgesehen sind
41 und
 - 42 • das Vorhaben in der Investitionsplanung bereits vor-
43 gesehen war bzw. im Rahmen von pauschalen Inves-
44 titionszuweisungen erfolgt und die realisierte ÖÖP-
45 Struktur am Ende keine finanzielle Umgehung der
46 Investitionskapazität des Berliner Landeshaushaltes
47 und seiner Investitionsplanung darstellt.
- 48 Im Übrigen fordern wir die Mitglieder der SPD Bundes-

- 49 tagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen
- 50 • eine stärkere Flexibilisierung der Schuldenregeln
- 51 durch eine Ausnahme der Einbeziehung von Zu-
- 52 kunftsinvestitionen (sog. goldene Investitionsregel)
- 53 sowie
- 54 • eine Erhöhung der Quote für die strukturelle Neu-
- 55 verschuldung (das sind konjunkturunabhängige
- 56 Schulden) von 0,35 auf 0,5% des BIP und eine
- 57 diesbezügliche bisher nicht bestehende rechtliche
- 58 Gleichstellung der Länder mit dem Bund durch die
- 59 entsprechenden Gesetzesinitiativen zu erreichen.